

Die Rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 19.

Donnerstag, den 28. November 1918.

1. Jahrgang.

An die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Parteilosen! Parteilosen!

Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen. Die Fesseln ökonomischer Ausbeutung sind gelockert. Auch sie müssen fallen. Die Arbeiter und Soldaten sind die Werkmeister der Umwälzung. In allen Arbeiter- und Soldatenräten liegt kraft des Rechtes der Revolution die politische Gewalt. Die Regierung über sie aus, weil und so lange sie das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte hat. Die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte erleidet und befestigt sich. Bezirksräte bilden sich an manchen Stellen. Bald wird ein Zentralrat für das ganze deutsche Reich geschaffen werden.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte ist erforderlich, damit aus den Ruinen eines alten Lebens ein neues Leben entsteht, damit die deutsche Republik mit sozialistischem Inhalt erfüllt wird.

Die Bourgeoisie zittert mit verdächtigem Blick, nachdem sie sich von ersten Schreden der Revolution erholt hatte, tagen, tagen nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Am liebsten gebärden sich dabei die alten Vertreter des Schampannetums, die wilden Feinde der Arbeiterklasse. Die Vertreter des Volkswillens berufen sich jetzt mit einem Male auf das Volk; aber sie wollen nicht den Ausdruck der Volksmeinung. Eine sofortige Zusammenberufung der Konstituante bedeutet Rand des Wahnsinns für Millionen, die jetzt täglich unter den größten Entbehrungen dem Tod ins Auge schauend haben.

Ist das der Tag, an die Soldaten, daß über die künftige Gestaltung, über das künftige Schicksal Deutschlands durch eine Wahl entschieden werden soll, von der ein großer Teil der Soldaten ausgeschlossen ist? Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn die Soldaten wieder in ihrer Heimat bodenständig geworden sind, wenn die Arbeiter erst eine feste Arbeitsstätte, ein Heim gefunden haben.

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes besetzten Gebiete frei und unbefristet wählen kann. Oder wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen?

Jeder Politiker weiß, daß die technischen Vorbereitungen einer Wahl schon früher längere Zeit erforderlich. Jetzt sind überall neue Wahlen für alle über 20 Jahre alten Frauen und Männer anzulegen. Es darf nicht vorkommen, daß bei einem so wichtigen Akt infolge Ueberbürdung Wahlberechtigte unregistriert bleiben und ihres Wahlrechtes beraubt werden.

Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugehörigen politischen Fragen aufgeklärt werden. Millionen von Soldaten sind durch den sogenannten wahlrechtlichen Aufklärungsdienst über die politischen Vorgänge demotiviert worden. Sie zu unterrichten, muß jetzt die Aufgabe sein.

Konstituante — ja, sie wird kommen; aber sie kann erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des arbeitenden Volkes ausgesprochen ist.

Die Sozialdemokratie im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie nicht zur Konstituante gemacht werden soll, nicht in kurzer Zeit vorgenommen werden kann. Sie suchen die sozialistische Regierung zu diskreditieren und scheuen sich nicht, selbst das Ausland aufzusuchen, daß es nicht eher Frieden gewähren soll, bis die Konstituante zusammentritt. Sie werden so in der Zeit der größten Not Friedensverhinderer.

Mitgefühl und diesen verwerflichen Tun sind alle, die es stillschweigend oder ausdrücklich unterstützen. Werden die Sozialdemokraten noch immer nicht, daß die Geschichte der Revolution betreiben, wenn sie in das Geschick der Arbeiterklasse einfließen?

Die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfgeist noch einen anderen Zweck. Sie will alle dieser greifenden sozialen Umgestaltungen aufhalten, indem sie glauben machen will, daß die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen oder gar an die Sozialisierung der Betriebe zu gehen. Die Regierung hat das Recht dazu, weil sich in ihr die entscheidende Macht des souveränen Volkes verkörpert, und sie hat die Pflicht dazu, wenn sie die Massen, die die Träger der Revolution sind, nicht im Stich lassen will. Diese Pflicht gilt es nunmehr zu erfüllen.

Parteilosen! Parteilosen!

Sie sind am Vorkrieg. Werbi mit dem größten Eifer neue Anhänger für unsere Partei. Je stärker unsere Partei ist, desto sicherer ist es, daß die Forderungen des Sozialismus verwirklicht werden.

Um die Erzeugnisse der Revolution festzuhalten und auszubauen, gibt es kein wirksameres Mittel als die Stärkung unserer Organisation, der:

Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Während des ganzen Krieges hat unsere Partei die Kriegspolitik bekämpft, ihre Anhänger mit dem Geist des Sozialismus erfüllt. Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, das Proletariat zu sammeln zur Befreiung der Arbeiterklasse, zur Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wie die Bürgerlichen für die Regierungsjournalisten arbeiten!

In Kurzen sind die revolutionären Matrosen an der Macht. Die Bourgeoisie und ihre Vertreter kennen die große Bedeutung gerade der norddeutschen Städte, und deshalb bieten sie alles auf, um den Revolutionären den Boden dort zu untergraben. Ein Teil dieser Aktion bildet auch der Aufruf an die Einwohner der Städte, der am 24. November anonym veröffentlicht wurde. Der Aufruf lautet wie folgt:

„Mitbürger!

Wie lange noch wollen Sie erdulden, daß Sie allein inverantwortlich werden von wahren Entzügen? Gehen wir uns nicht vornehm, einen sozialistischen Staat zu schaffen? Seit eingebend des Landes, das seit 4 Jahren gelitten ist. Logt es hinter nicht? Das deutsche Volk hat sich selbst befreit, indem es sich selbst revolutioniert. Verlangt das die partei, die sich behauptet.“

„Reint Ihr denn, daß diese die Gleichheit erstreben? Reint Ihr nicht, daß sie nur von Herrsch- und Geldsucht geleitet werden? Wollt doch nicht, daß bunte Juden, wie Kaufberg, Anz und Co. aus Liebe zum Volk handeln. Unter ihrer Herrschaft würde es schlimmer, denn je zuvor.“

Wir in Euz haben wollen doch auch zum einigsozialistischen deutschen Reich gehören!

Darum verlaßt doch die Spartakusleute! Scheidemann wird Euch dankbar sein. Auf, laßt uns schaffen und arbeiten an unserem Vaterlande. Durch nichts wollen wir uns hemmen lassen. Unseren Gottvertrauen soll unerschütterlich sein. Auch wenn eulastende Junkhäuser Euch den Glauben an Euren Gott nehmen wollen. Unsere Lösung ist:

Nieder mit der Spartakusgruppe!
Hoch Scheidemann!

Ja, wirklich, die Trümmer der Volksbegeisterung muß unerschütterlich für die Bourgeoisie sein, die an die eigene Ausübung der Tyrannie über die Massen gewöhnt ist. So, es sind Parteien, die sich erlauben, für ihre eigene Sache zu kämpfen, statt sich weiter in Dienste des Imperialismus hinopfern zu lassen. Ja, das Proletariat will einen sozialistischen Staat, es will nicht den Kampf des Proletariats gegen eine Klassenherrschaft. Es will einen Staat der Mitte des Bürgertums, unter seiner Diktatur gemäßigten Staat.

Rein, das deutsche Volk! laßt sich nicht selbst beugen, indem es sich selbst verläßt. Wir kennen kein Volk, wie können wir Gesellschaften schaffen und auch die Bourgeoisie hat in ihrer gekünstelten politischen Praxis niemals ein einzig Volk von Weibern gefehlt, sondern auch nur soziale Klassen, unter ihnen vor allen die Arbeiterklasse, die sie von jeder feindlich angelegener und bekämpfter hat. Wir kennen nur ein Proletariat, das sich selbst beugt, wenn es sich in Dienste der Bourgeoisie zerfallen läßt.

Der Aufruf erinnert an das Blut, das während vier Jahren geflossen ist. Ja, eben als Rächer dieses, in Dienste fremder, feindlicher Mächte geflossenen proletarischen Blutes nimmt die Arbeiterklasse den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie auf.

Verlangt die partei, die sich behauptet! fordern die Vertreter der bürgerlichen Klassenherrschaft! Die partei, die das sind die Vertreter der Massen des industriellen Proletariats.

Reint Ihr denn, daß diese die Gleichheit erstreben? fragt der Aufruf. Reint, die Gleichheit aller erstreben wir in diesem Augenblick noch nicht. Wir streben in diesem Augenblick die Diktatur des Proletariats, die die Gesellschaft allein aus dem Zustand der Ungleichheit in den Zustand der Gleichheit aller überzuführen vermag.

Reint Ihr nicht, daß sie nur von Herrsch- und Geldsucht geleitet werden? Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse. Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse. Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse.

„Reint Ihr nicht, daß sie nur von Herrsch- und Geldsucht geleitet werden? Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse. Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse.“

Der Aufruf fordert zum Verlassen der Spartakusleute auf. Scheidemann wird Euch dankbar sein! In jeder Art zu befehligen. Auf in den Kampf gegen die Spartakusleute — auf in den Kampf für Scheidemann, so laßt der Schicksal bald erfüllen. Scheidemann wird Euch dankbar sein! Scheidemann wird Euch dankbar sein! Scheidemann wird Euch dankbar sein!

Rein, das deutsche Volk! laßt sich nicht selbst beugen, indem es sich selbst verläßt. Wir kennen kein Volk, wie können wir Gesellschaften schaffen und auch die Bourgeoisie hat in ihrer gekünstelten politischen Praxis niemals ein einzig Volk von Weibern gefehlt, sondern auch nur soziale Klassen, unter ihnen vor allen die Arbeiterklasse, die sie von jeder feindlich angelegener und bekämpfter hat. Wir kennen nur ein Proletariat, das sich selbst beugt, wenn es sich in Dienste der Bourgeoisie zerfallen läßt.

Der Aufruf erinnert an das Blut, das während vier Jahren geflossen ist. Ja, eben als Rächer dieses, in Dienste fremder, feindlicher Mächte geflossenen proletarischen Blutes nimmt die Arbeiterklasse den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie auf.

Verlangt die partei, die sich behauptet! fordern die Vertreter der bürgerlichen Klassenherrschaft! Die partei, die das sind die Vertreter der Massen des industriellen Proletariats.

Reint Ihr denn, daß diese die Gleichheit erstreben? fragt der Aufruf. Reint, die Gleichheit aller erstreben wir in diesem Augenblick noch nicht. Wir streben in diesem Augenblick die Diktatur des Proletariats, die die Gesellschaft allein aus dem Zustand der Ungleichheit in den Zustand der Gleichheit aller überzuführen vermag.

Reint Ihr nicht, daß sie nur von Herrsch- und Geldsucht geleitet werden? Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse. Ja, sie werden in der Tat nach Herrschaft geliebt, nach Macht nach der Herrschaft der Massen des Volkes, das in der Arbeiterklasse.

Von der Reichskonferenz.

Reinliche Heerei. — Gegen Separatismus. — Weg mit den Friedenshinderern. — Ernährungsfrage. — Verfassungsgesetz.

Zu welcher Heimlicher Weise bei uns geübt wird, sobald es sich um Ausland handelt, lehrt eine Bemerkung des Genossen Dr. Laufenberg auf der Reichskonferenz in Berlin. Darüber wird berichtet, daß sich Genosse Laufenberg gegen den Staatssekretär Dr. Solf gewandt habe, weil dieser den A. und S. Mat in Hamburg beschuldigt, Verbindungen mit dem Vertreter der bolschewistischen Regierung zu unterhalten. Die Reichsregierung habe durch den Senat die Ausweisung des russischen Konsuls verweigert. Inzwischen habe die Revolution in Hamburg die alten politischen Gewalten, Senat und Bürgerwehr, beseitigt. Die Verhängung der Reichsregierung war infolgedessen gegenstandslos geworden, und da der A. und S. Mat die Dienste des Rammes bei der Wegweisung der russischen Gesandten zunächst nicht ablehnen konnte, gestattete er ihm, vorläufig zu bleiben.

Ist es nicht ein Skandal, daß sich der A. und S. Mat in solcher Weise wegen des Nichtausweisens eines Retiretes nach Hamburg, mit dem wir längst Frieden geschlossen haben. Da kann man erkennen, wie es mit unserer offiziellen Auslandspolitik aussieht. Ein energisches Wort in dieser Sache hat nur erst kürzlichweise der Volkskongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte München gesprochen. Er fandte nachstehendes Telegramm:

An den Volksgauksicht des Soldatenrats, Berlin.

Der Volksgauksicht des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates, München, entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Erklärung die unerhörte Tatsache, daß noch immer kompromittiert

Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Soli, David, Scheidemann, einen entscheidenden Einfluß, besonders in der auswärtigen Politik, ausüben. Wir verlangen die sofortige Befreiung der konterrevolutionären Elemente und fordern den Soldatenrat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturm der Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.

Es gibt kaum schwerer belastete Politiker als David und Scheidemann. Diese beiden Abhängigen haben am meisten Delinzen Kriegsverbrechen begangen, am meisten zu der nationalsozialistischen Bewegung beigetragen, sehr viel beigetragen zu der Erweckung von Haß und Abneigung gegen Deutschland. Hätten diese Leute eine Spur von politischem Takt, einen Schimmer von Verantwortungsgefühl, sie würden längst mit ihrem Anhang schweigend beiseite getreten sein. Sind sie so einseitig, nicht zu merken, wie sie der Sache des Friedens und der Verständigung schaden, dann muß man so rücksichtslos sein, ihnen das unumwunden zu sagen. Nicht auch das nicht, dann sollen sie so einseitig behandelt werden, wie sie es verdienen. Das Wohl der Gesamtheit erfordert, daß man auf die Eitelkeiten einzelner keine Rücksicht nimmt.

Auf der Reichskonferenz kamen dann die separatistischen Vertretungen zur Sprache, die in einzelnen Staaten zutage traten und in der Debatte eine große Rolle spielten. Dr. Laufenberg bemerkte dazu: Kon sei in Hamburg weitergegangen als in irgendeinem anderen Einzelstaat. Der A. und S. Mat habe die Ausübung der politischen Gewalt mit der ausländischen Erklärung übernommen, daß die Revolution die alte Rechtsordnung aufgeben und die alten politischen Gewalten beseitigt habe. Der A. und S. Mat habe sich in den Besitz der politischen Macht gesetzt. Der ganze Verwaltungsapparat arbeite heute unter seiner ausschließlichen Kontrolle. Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat ein Groß-Hamburg zu schaffen suche, so leite ihn dabei zwar einmal der Wunsch, Hamburg das dringend notwendige Hinterland zu schaffen, andererseits aber werde damit der alte Hamburger Staat gezerren und eine wirtschaftliche Lausche geschaffen, die, wie immer sich die Dinge in Deutschland gestalten mögen, nicht weiter eudämonisch gemacht werden könne. Die Entwicklung ist offensichtlich auf die Bildung wirtschaftlich geschlossener Gebiete gerichtet, und in diesem Sinne sei die Los-von-Berlin-Bewegung berechtigt. Unter keinen Umständen aber dürfe die Revolution in eine Kleinsteaterei zurückfallen, die bereits Lausche auf das höchste gebracht habe. Zu Verbindung hiermit wolle der Redner einen Entschluß des Berliner Kriegsministeriums, wonach die Offiziere wieder in ihre alten Stellen und in die alten Gewalter einrücken sollten. Die Arbeiter- und Soldatenräte an der Reichskonferenz wurden wenig zum Besprechen sich die alte Lausche wieder aufbringen zu lassen.

Genosse Eisner wies in scharfer Weise die auswärtige Vertretung an. Dazu äußerte sich nachher Dr. Laufenberg: Eisner habe in der Mittelpunkt der Debatte die Frage gestellt, wie wir am ehesten zum Frieden gelangen. Er wolle ein provisorisches Präsidium schaffen aus Männern, die unbelastet mit irgendeiner Verantwortung für den Krieg, an den Verhandlungen teilnehmen könnten. Es sei in der Tat schwer zu verstehen, wenn Dr. Solf nach seinen Ausführungen am heutigen Morgen sich noch für den geeigneten Mann halte, um mit den Entente-Regierungen weitere Verhandlungen zu führen. Erzberger habe mit keinem Worte erkennen lassen, daß er von Dr. Solf abweichende Meinung sei. Die Auffassungen beider deuten sich offenbar. Nun laufe der Vorschlag Eisners offenbar darauf hinaus, das Bürgeramt aus dem eigentlich politischen Ministerium auszuscheiden, es bei der Ausübung der politischen Macht nicht mehr zu beteiligen. Die von Eisner geltendgemachten praktischen Gesichtspunkte und Eisners Präsidiumsvorschläge widersprechen sich in keiner Weise. Es würde im wesentlichen derselbe Zustand sein, wie er in Hamburg bestehe, wo die Ausübung der politischen Macht beim Arbeiter- und Soldatenrat liege, während die Außenpolitik der Männer aus dem Bürgeramt der neuen Regierung nutzbar gemacht liege. Wenn der Eisnersche Vorschlag durchgeführt werde, so müsse die Regierung sich entscheiden auf die revolutionäre Gewalt stützen und einen Zentralrat der Mäe schaffen, der naturgemäß selbständig neben dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bestehen müsse. Es sei im wesentlichen ein rekonstruierter Bundesrat des revolutionären Volkes.

Zu der Frage der Ernährungsfrage und der Regierungsgewalt äußerte sich Dr. Laufenberg weiter aber:

Die Ernährungsfrage sei überaus kritisch und drängend. Ohne Einfuhr vom Auslande könne das deutsche Volk nicht existieren. Diese Einfuhr müsse bezahlt werden. Das Deutsche Reich sei bankrott und der Kredit der neuen Regierung genüge nicht. In diesem Stadium sei der Personalcredit beim Auslande gegenüber nicht zu entbehren. Eine konstituierende Versammlung könne wahrscheinlich erst in einer Reihe von Monaten in Kraft treten. Wenn man das Bürgeramt in dieser Zwischenzeit aus der Regierung ausschalte, werde man ihm in anderer Form Einfluß gestatten müssen. Dies könne nur auf parlamentarischen Wege geschehen. Eisners Vorschlag, der die bürgerlichen Elemente in die Arbeiter- und Soldatenräte eingezogen wissen wolle, gäbe für den provisorischen Zwischenzustand die Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse preis. Dem in revolutionärer Form rekonstruierten Bundesrat müßte ebenfalls ein ebenfalls in revolutionärer Form konstruierter Parlament auf demokratischer Basis entsprechen. Entente und Bürgeramt verlangen, daß das letztere nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kraft den Gang der Dinge zu beeinflussen vermöge. Dies könne man zugeben, ohne daß man zugleich die politische Macht aus den Händen gebe. Wie die frühere Regierung, könne auch eine Regierung der Arbeiterklasse sich der Mitwirkung eines Parlamentes bedienen. Wir leben politisch ebenso wie wirtschaftlich von der Hand in den Mund. Wie die Dinge nach drei oder vier Monaten aussehen würden, wisse niemand. Es sei notwendig, möglichst feste Formen der Regierung auch für die Zwischenperiode zu schaffen.

Der Redner empfahl, sich auszusprechen für die Unerschütterlichkeit der Einheit des Reiches und die Wiederherstellung desselben nach wirtschaftlich geschlossenen Gebieten und einen Rat der Mäe; möge ihm die Schaffung einer provisorischen Volksvertretung und die Abgrenzung ihrer Kompetenzen zugewiesen werden. Später, nach Sicherung der Ernährungsfragen der Revolution, könne eine Konstituante zusammengetreten.

Deutscher Witsch.

Des deutschen Volkes Lang- und Sanftmut reizt zum Erschrecken. Klar liegt vor aller Augen die Ursache des Krieges, bekannt sind die Umstände und Personen, deren Politik den Krieg verlängerte und ihn zu dem schandhaftesten Verbrechen der Weltgeschichte machte. Trotzdem: große Teile des Volkes lassen sich weiter von der zum Untergang und Zusammenbruch führenden Politik der Scheidemann, Reventlow und Genossen gelangen nehmen, steuern damit in weiteres Elend, in weiteren Verderb hinein. Und die Träger der verderblichen Politik, die Scheidemann, die Herren Soli, Hindenburg usw., läßt man als Vertreter Deutschlands weiter gehen oder jezt sie in die maßgebenden Stellen, nachdem ihre Politik offenbar Schiffbruch erlitten.

Der tolle Heer Reventlow kämpft weiter gegen die Feinde Deutschlands, als hätte er den Frieden diktiert, und er versucht, zu Parisien gegen das Volk aufzutreten. Hindenburg, der bis jetzt vor dem Zusammenbruch Dünkende von Rundgebungen ins Land sandte, in denen er den baldigen Sieg über in Aussicht stellt, der wiederholt zu Gunsten der

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands.

Der Volksgauksicht des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reiches und Breuens diesen die erteilte Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Erzeugnisse gestiftet und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk sichergestellt wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des ganzen entscheidenden Stellen sind im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreicht erzieht.
2. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle fremden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
3. Verfügungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Maßnahmen im persönlichen Ernährungs- und Sicherheitsdienst handelt.
4. Verfügungen gegenüber der Bevölkerung (Lebensmittel, Rohstoffe, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Verfügungnahme von Lebensmittellieferungen oder Lagerbeständen, die für kommunalverwaltete und sonstige öffentliche Körperstellen anderer Orte oder für das Meer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
5. Eine Verfügungnahme öffentlicher Kasernen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten oder Gemeindeverwaltungen oder sonstiger öffentlicher Körperschaften verwalte werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Postämter.
6. Alle Eingriffe in den Schiffsverkehr, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Vollstreckung auf folgende Maßnahmen zu achten:

1. Sorge für die Einquartierung.
2. Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Zimmernationen.
3. Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
4. Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien, Arbeiter, Soldaten und dergleichen.
5. Einrichtung von Wohnheimen, Arbeitsstätten und dergleichen.
6. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
7. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
8. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
9. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
10. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.

Der Volksgauksicht des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reiches und Breuens diesen die erteilte Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Erzeugnisse gestiftet und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk sichergestellt wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des ganzen entscheidenden Stellen sind im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreicht erzieht.
2. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle fremden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
3. Verfügungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Maßnahmen im persönlichen Ernährungs- und Sicherheitsdienst handelt.
4. Verfügungen gegenüber der Bevölkerung (Lebensmittel, Rohstoffe, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Verfügungnahme von Lebensmittellieferungen oder Lagerbeständen, die für kommunalverwaltete und sonstige öffentliche Körperstellen anderer Orte oder für das Meer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
5. Eine Verfügungnahme öffentlicher Kasernen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten oder Gemeindeverwaltungen oder sonstiger öffentlicher Körperschaften verwalte werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Postämter.
6. Alle Eingriffe in den Schiffsverkehr, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Vollstreckung auf folgende Maßnahmen zu achten:

1. Sorge für die Einquartierung.
2. Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Zimmernationen.
3. Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
4. Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien, Arbeiter, Soldaten und dergleichen.
5. Einrichtung von Wohnheimen, Arbeitsstätten und dergleichen.
6. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
7. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
8. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
9. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
10. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.

Der Volksgauksicht des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reiches und Breuens diesen die erteilte Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Eingriffe lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet gleichfalls das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Erzeugnisse gestiftet und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungswesens und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk sichergestellt wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat ungeheure Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des ganzen entscheidenden Stellen sind im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreicht erzieht.
2. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle fremden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
3. Verfügungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Maßnahmen im persönlichen Ernährungs- und Sicherheitsdienst handelt.
4. Verfügungen gegenüber der Bevölkerung (Lebensmittel, Rohstoffe, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Verfügungnahme von Lebensmittellieferungen oder Lagerbeständen, die für kommunalverwaltete und sonstige öffentliche Körperstellen anderer Orte oder für das Meer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
5. Eine Verfügungnahme öffentlicher Kasernen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reiches oder der Einzelstaaten oder Gemeindeverwaltungen oder sonstiger öffentlicher Körperschaften verwalte werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Postämter.
6. Alle Eingriffe in den Schiffsverkehr, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Vollstreckung auf folgende Maßnahmen zu achten:

1. Sorge für die Einquartierung.
2. Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Zimmernationen.
3. Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
4. Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien, Arbeiter, Soldaten und dergleichen.
5. Einrichtung von Wohnheimen, Arbeitsstätten und dergleichen.
6. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
7. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
8. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
9. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.
10. Einrichtung von Arbeitsstellen für die demobilisierten Soldaten und dergleichen.

Am Mittwoch 27. November, sagte die kommunistische Partei...

Genosse A. J. J. sagte an: Darüber, daß der Vorstand der Unabhängigen...

Wir befinden uns im Kampf mit den Unabhängigen. Dieser Kampf ist nichts Neues...

Wir stellen sich die Unabhängigen zu dieser Frage? Zwei Wochen ist es...

Zu einer Sitzung der alten Partei- und Genossenschaftsmitglieder...

entflohen zu sein, die Hohenzollern dauernd ungeschädigt zu machen.

Dem „Paris Mid“ versichert ein Entente-Diplomat: Der Kaiser von Deutschland...

Die Christlich-Sozialen republikanisch. Wien, 27. November. Die Korrespondenzagentur meldet...

Zusammenkünfte. Meldung des Korrespondenzbüros: Ein Brief aus Wien...

Demonstrationen in Paris. Bern, 26. November. Laut Populaire fand Sonntagabend in Paris...

Die Verluste der englischen Marine. Nach einer Mitteilung der englischen Admiralsität...

Einheitliche Gesellschaft bricht zusammen; solange dieser Zusammenbruch...

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen München und Berlin? Die Korrespondenzagentur meldet...

Soll verschwinden! Berlin, 26. November. Der Volksrat ersucht den Rat der Reichsbeauftragten...

Der Braunschweiger Arbeiterrat. Braunschweig, 26. November. Wie die Braunschweiger Landeszeitung...

Die Antikriegsigen. Einem famosen Bild sei es die „Kommunisten“. Er zählt die Parteien...

Die Vorkriegsigen jähren am lautesten. Wozu der Lärm? Die ganze Regierungspresse ist aus dem Häuschen...

Kommunisten in die Politik eingriff, der neben Lubendorff politisch die verhängnisvollste Rolle spielt...

Das deutsche Volk ist wirklich sehr — langmütig, geduldig, der deutsche Mittel läßt sich...

Wien, 26. November. (Holländische Neuenburger.) Die „Nene freie Presse“...

Die Woge der Revolution. Giesner gegen die Konstante. Berlin, 26. November. In der gestrigen Sitzung...

Weshalb ist in diesem Kreise erschienen bin, das hat allerlei Gründe. Einmal wünsche ich...

Einheitschule und Selbstverwaltung.

Ein Appell an den Lehrerrat.

Seit mehreren Jahrzehnten liegt die gegenwärtige Einheitschule...

oben — wie das jetzt gefallene Reichsgesetz, an dem man bald jede Jahre heranzubereiten...

glaubt hat, daß der Imperialismus nur da oben irgendwo frei Generäle...

Er fand sich geübt, weil er für die herrschende Bourgeoisie die Oberwasser zu liefern hatte...

